

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN IM KREISTAG POTSDAM-MITTELMARK

Pressesprecher Martin Köhler, Drosselweg 28, 14822 Borkheide

☎ 033845 – 40782 E-Mail: martin.koehler@gruene.de www.gruene-kreistag-pm.de

CDU, FDP und SPD für Kürzungen bei den Kosten der Unterkunft

Borkheide, den 19.03.2010

Pressemitteilung – PM 1006

GRÜNE: CDU, FDP und SPD stimmen für erneute Kürzung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft

Kosten für Potsdam-Mittelmark steigen auf ca. 3 Millionen EUR p.a.

Die Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Kreistag Potsdam-Mittelmark kritisiert die Kürzung des Bundesanteils an den Kosten der Unterkunft durch Union, FDP und SPD im Bundestag. „Dieser Beschluss treibt unseren Landkreis weiter ins finanzielle Abseits“ so Martin Köhler, finanzpolitischer Sprecher von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Seit langem sei bekannt, dass auf Grund der wirtschaftlichen Entwicklung die Arbeitslosigkeit und die Zahl der ALG-II Beziehenden weiter wachsen. Außerdem steigen seit Jahren die Heizkosten.

„Mitten in der Krise lassen Union, FDP und SPD die Kommunen auf den gestiegenen Kosten der Arbeitslosigkeit sitzen.“, so Martin Köhler. Wenn man die tatsächliche Entwicklung der Unterkunftskosten zu Grunde lege, müsste der Bundesanteil heute 35,9 Prozent statt der jetzt beschlossenen 23 Prozent betragen. Dem Landkreis Potsdam-Mittelmark würde dies zusätzlich 3 Millionen EUR in die Kassen spülen. Enttäuscht zeigen sich die Bündnisgrünen über das Verhalten der Bundestagsabgeordneten Reiche, Voßhoff (beide CDU), Lanfermann (FDP) und Wicklein (SPD), die namentlich gegen einen Änderungsantrag der grünen Bundestagsfraktion gestimmt haben, im Bundeshaushalt den Bundesanteil um 1,77 Mrd. Euro aufzustocken.

Für Martin Köhler steht fest: Die Erhöhung des Bundesanteils und dessen Ausrichtung an der tatsächlichen Kostenentwicklung kann nur eine erste Notmaßnahme zur Rettung der kommunalen Finanzen sein. „Wir brauchen eine umfassende Reform, die die Finanzen der Städte und Gemeinden wieder auf eine solide Basis stellt“ fordert Martin Köhler. Die Verschiebung der drängenden Finanzprobleme der Kommunen in eine Kommission, in der Union und FDP die Abschaffung der Gewerbesteuer diskutieren, könne nicht die Lösung sein. „Wir brauchen keine Abschaffungsdiskussion, sondern eine Vertetigung der Einnahmen aus der Gewerbe- und der Grundsteuer und einen Verzicht auf weitere Steuersenkungen zu Lasten der Kommunen“. Die Bündnisgrünen appellieren an die Abgeordneten Reiche, Voßhoff, Lanfermann und Wicklein sich endlich für die Belange ihres Landkreises einzusetzen.“

Rückfragen bitte an Martin Köhler, Tel.: 033845 - 40782